

Bekämpfung von Steueroasen, Steuerhinterziehung und Geldwäsche

Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche durch multinationale Unternehmen, wohlhabende Einzelpersonen und kriminelle Organisationen untergraben die Rechtsstaatlichkeit und die Gleichheit vor dem Gesetz. Darüber hinaus vergrößern sie die soziale Ungleichheit und gefährden öffentliche Dienstleistungen. Es ist ein Angriff auf die grundlegenden Prinzipien der Gleichberechtigung, der Steuergerechtigkeit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, wenn Steuerverpflichtungen nicht von allen erfüllt werden. Auf globaler, systemischer Ebene ist dies ein inakzeptabler Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten und unsere Gesellschaft im Allgemeinen sowie auf Entwicklungsländer, die nicht ihren angemessenen Anteil an den Gewinnen der multinationalen Unternehmen, die die Ressourcen dieser Länder ausbeuten, erhalten.

Die Skandale um Offshore Leaks, Lux Leaks sowie die Panama und Bahamas Papers bestätigen, dass es immer noch unzählige Möglichkeiten gibt, geheime Offshore-Steuerregelungen auszunutzen. Im Gegensatz zu dem, was wir zumindest seit der letzten Finanzkrise gehört haben, wurde Steueroasen immer noch kein Ende bereitet. Mächtige und wohlhabende Menschen sowie Unternehmen finden immer noch Mittel und Wege, das System zu umgehen und in den Genuss einer privilegierten Behandlung zu kommen, um die Beträge ihrer Steuerbescheide zu reduzieren oder ihre finanziellen Erträge zu verheimlichen.

Bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche besteht ein erheblicher Mangel bei der Durchsetzung der bestehenden Verpflichtungen von Banken und anderen steuerpflichtigen Unternehmen. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Staatsanwälte, Richter), Steuerbehörden und den für die Geldwäschebekämpfung zuständigen Behörden offensichtlich nicht effizient. Dies schafft Schlupflöcher für Steuerhinterzieher und Geldwäscher.

Geheimhaltung ist ein Schlüsselement, das Geldwäsche, Finanzkriminalität, Terrorismusfinanzierung und auch Steuervermeidung fördert. Wir brauchen Gesetze und eine internationale Koordination, die Transparenz in der Zukunft garantieren – und wir müssen Whistleblower schützen, die heute und in der Zukunft Fehlverhalten an die Öffentlichkeit bringen.

Wir brauchen starke und verbindliche europäische und internationale Regeln und Kooperationen. Ein europäischer und internationaler Ansatz ist in vielen Bereichen notwendig, da Kriminelle und Steuerhinterzieher keine Grenzen kennen und von unkoordinierten Maßnahmen profitieren. Die Steuergesetze, Urteile und anderen Verwaltungsregelungen eines Landes sollten es nicht zulassen, dass Personen und Unternehmen in einem anderen Land einer angemessenen Besteuerung entgehen. Es ist notwendig, unsere Anstrengungen im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität zu intensivieren, um zu einer Europäischen Union hinzuwirken, die die Bürgerinnen und Bürger erwarten und verdienen.

Wir begrüßen es, dass das Europäische Parlament, das von der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament oft hierzu aufgefordert wurde, und die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) aktiv dabei sind, Steuerschlupflöcher zu schließen, und werden uns für eine starke Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament, der PACE und den nationalen Parlamenten einsetzen.

Ein gemeinsames System der Besteuerung von Finanztransaktionen muss für alle Mitgliedstaaten entwickelt und generalisiert werden. Auf internationaler Ebene fordern wir die Vereinten Nationen auf, eine Steuerbehörde mit ausreichenden Mitteln einzurichten, um eine integrative Beschlussfassung

hinsichtlich Steuergerechtigkeit zu gewährleisten.

Die Europäischen Grünen fordern:

1. **die Auferlegung größerer Transparenzpflichten.** Wenn alle LuxLeaks-Enthüllungen und Panama Papers etwas gemeinsam haben, so ist es die Geheimhaltung. Der eigentliche Nutznießer von Transaktionen oder Unternehmen verbirgt sich hinter einer Briefkastenfirma, niemand tauscht Informationen darüber aus, was Kunden tun, und es werden keine Informationen öffentlich gemacht. Was uns diese Offenlegungen gelehrt haben, ist, dass wir viel mehr Informationen über das benötigen, was vor sich geht, beginnend mit öffentlichen Verzeichnissen der Nutznießer, effektiven und obligatorischen öffentlichen länderspezifischen Berichten, einer öffentlichen Berichterstattung über Steuerregelungen sowie öffentlichen Vermögensregistern.
2. **eine bessere Durchsetzung bereits bestehender Vorschriften.** Es gibt bereits europäische Gesetze, um Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung zu bekämpfen. Leider wird nur wenig darauf geachtet, wie diese Gesetzgebung in nationales Recht umgewandelt wird, ob es rechtzeitig umgesetzt wird und wie es umgesetzt wird. Trotz Regeln wie „Know Your Customers“ haben Banken ihren Kunden dabei geholfen, Offshore-Unternehmen zu gründen und somit Steuern zu hinterziehen. Die Europäische Kommission hat derzeit nur weniger als ein Dutzend Personen in ihrer Taskforce, die zur Verhinderung von Finanzkriminalität gebildet wurde. Wir müssen die europäischen und nationalen Stellen dazu befähigen, die Einhaltung bestehender Verpflichtungen zu überwachen und deren Durchsetzung zu gewährleisten.
3. **eine engere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen bei der Rechtsdurchsetzung und der Strafverfolgung.** Bislang war die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren (Polizeikräfte, Steuerbehörden, für die Geldwäschebekämpfung zuständige Beamte, Staatsanwälte, Richter usw.) und zwischen den verschiedenen Ländern nicht effizient. Wir müssen die Vernetzung von Registern sicherstellen, in denen Informationen gespeichert werden, grenzüberschreitende Arbeitsmöglichkeiten fördern und rechtliche Beschränkungen beseitigen, die eine engere Zusammenarbeit behindern.
4. **die Zahlung von Steuern in dem Land, in dem Gewinne generiert werden.** Heute kann ein multinationaler Konzern seine in einem Land erwirtschafteten Gewinne an seine Tochtergesellschaft in einem anderen Land weiterleiten, in dem die Steuern niedrig sind.
5. **das Verbot für öffentliche Verwaltungen, Dienstleistungen von Unternehmen mit eingetragenem Firmensitz in Steueroasen in Auftrag zu geben.** Um Transparenz bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu gewährleisten, müssen wir europäische,

nationale, regionale und lokale Behörden dazu

auffordern, transparente und ethische Unternehmen zu belohnen. Über Niederlassungen in Steueroasen zu verfügen, muss in den Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe unter Strafe gestellt werden.

6. **den europäischen Schutz von Whistleblowern.** Leider werden Whistleblower, die im öffentlichen Interesse handeln, oft strafrechtlich verfolgt, während diejenigen, die denunziert werden, davonkommen. Wir fordern die europäischen Regierungen auf, einen sicheren Hafen für diejenigen zu schaffen, die Informationen im öffentlichen Interesse aufdecken. Wir fordern die Europäische Kommission auf, einen Legislativvorschlag zum Schutz von Whistleblowern vorzulegen, die schlechte Praktiken publik machen, und zwar auf Grundlage der von der Grünen/EFA-Fraktion vorgeschlagenen Richtlinienentwürfe.

7. **eine enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen.** Zwischen den europäischen Ländern herrscht ein starker Wettbewerb hinsichtlich der Besteuerung, der oftmals zu einer Abwärtsspirale führt und die Mitgliedstaaten dazu verleitet, noch mehr Steuervergünstigungen als ihre Nachbarländer anzubieten. Die Grünen fordern Kooperation und Koordination, um diese Abwärtsspirale zwischen den konkurrierenden Mitgliedsstaaten zu vermeiden, unter anderem durch Steuerregelungen für multinationale Konzerne. Unser oberstes Ziel ist eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage in Europa, die von einem Mindestkörperschaftsteuersatz in den Mitgliedstaaten begleitet werden muss. Die EU sollte ihre Bemühungen um eine Harmonisierung der Steuersysteme beschleunigen und den Übergang von arbeitsbezogenen Steuern auf ein Verursacherprinzip und Steuereinnahmen vorantreiben. Dies ist für die Vermeidung von Sozial- und Umweltdumping sowie Steuerhinterziehung auch innerhalb der EU von größter Bedeutung. Der Kampf gegen soziale Ungleichheit und der Wandel von einer Sparpolitik hin zu einer grünen Wirtschaftspolitik beginnen genau hier.